



Gegen Kapitalismus, Krise und Krieg



- Traditionspflege der Bundeswehr – auch in Afghanistan
- Afghanistan und Pakistan – Geopolitik und Pipelines
- Piratenjagd vor Somalias Küsten
- Wie friedensfähig ist der Kapitalismus?
- Islamophobie – Stimmungsmache für „gerechte“ Kriege
- Atomare Abrüstung – mit Obama und Westerwelle?

Inhalt

THEMEN

Traditionspflege der Bundeswehr	3
Geopolitik und Pipelines	5
Piratenjagd vor Somalia	7

GASTKOMMENTAR

Kapitalismus friedensfähig?	9
---------------------------------------	---

INTERVIEW

Islamophobie	11
------------------------	----

FRIEDENSBEWEGUNG

Atomare Abrüstung	13
-----------------------------	----

IM BLICKFELD

Todenhöfer zu Afghanistan	4
Morales zum Kapitalismus	12
Obamas Lizenz zum Töten	14

BUCHBESPRECHUNG

Entfesselte Wirtschaft	15
----------------------------------	----

RÜCKSEITE

Aktionsvorschläge 2010	16
----------------------------------	----

Das nächste Friedensjournal erscheint am 20.3.2010

IMPRESSUM

Das Friedens-Journal erscheint sechs mal jährlich und ist zum Solipreis von 15,00 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.
Internet: www.friedensjournal.de

Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag
c/o DGB Kassel, Spohrstr. 6, 34117 Kassel
Tel.: 05 61/804-23 14 · Fax: 05 61/804-37 38
e-mail: strutype@hrz.uni-kassel.de
www.friedensratschlag.de

Redaktion:

Hugo Braun, Christine Buchholz, Bernd Guß,
Lühr Henken, Hans-Peter Laubenthal,
Bärbel Schindler-Saefkow, Peter Strutynski,
Horst Trapp, V.i.S. d. P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 – 77,
60329 Frankfurt am Main,
Tel.: 0 69/24 24 99 50 · Fax: 0 69/24 24 99 51
e-mail: Frieden-und-Zukunft@gmx.de

Bankverbindung:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01 · Kto.-Nr.: 2 0008 1390

Bildnachweis auf Heftseiten:

Titelseite: Kasseler Friedensforum;
S. 1: K.-H. Peil; S. 3, 10: Arbeiterfotografie;
S. 8: Flickr.com;
S. 15: Wolfgang Kastner

Kapitalismus, Krise und Krieg

Liebe Leserinnen und Leser,

Schwerpunkt der ersten Ausgabe des Friedensjournals im neuen Jahr sind traditionell Kurzfassungen von ausgewählten Beiträgen des bundesweiten Friedensratschlags, der zuletzt in Kassel am 5. und 6. Dezember 2009 stattfand. Diesmal stand die Frage nach der Friedensfähigkeit des Kapitalismus im Angesicht der Krise im Mittelpunkt. Auf dem Friedensratschlag wurde vor allem von Conrad Schuhler diese Thematik mit seinem Referat analysiert. In einem Gastkommentar für das Friedensjournal fasst er einige historische und aktuelle Sichtweisen zusammen.

Dass sich die kapitalistische Krise in diesem Jahr zuspitzen wird, dürfte außer Frage sein. Neue Kriege drohen und der Afghanistan-Krieg eskaliert – trotz der mittlerweile auch in Kreisen der Berliner Regierungskoalition diskutierten Ausstiegsszenarien. Ein wirklicher „Ausstieg“ erfolgt derzeit nur aus bisherigen Begründungen. Von „Friedensmission“ und „Unterstützungsmaßnahmen“ der Bundeswehr wird sich verabschiedet, um der Bevölkerung unseres Landes den faktischen Kriegszustand näher zu bringen.

Eine ideologische Eskalation des Afghanistan-Krieges findet auch mit der zunehmend sich ausbreitenden offiziellen Rechtfertigung statt, dass man nicht mehr – wie bisher – die gegen Al Qaida gerichtete explizite Terrorbekämpfung, sondern den als notwendig dargestellten Kampf gegen die „radikalislamischen Taliban“ in den Vordergrund stellt. Mit dem Attribut „radikalislamisch“ wird die Begründung des Afghanistan-Krieges zum Bestandteil der um sich greifenden Islamophobie. Sabine Schiffer vom Institut für Medienverantwortung in Erlangen beschäftigt sich seit Jahren wissenschaftlich intensiv mit dieser Thematik und kann sehr anschaulich die mediale Manipulation darstellen, mit der diese Entwicklung auch von unseren Mainstream-Medien bedient wird. In dieser Ausgabe findet sich ein Interview, das wir anlässlich Ihres Vortrages auf dem bundesweiten Friedensratschlag mit ihr geführt haben.

Wo die wahren Gründe für den Afghanistan-Kriege liegen, wird nicht nur von un-

serem Redaktionsmitglied Lühr Henken in seinem Beitrag dargestellt. Beispielsweise vertritt auch Jürgen Todenhöfer als Kriegsgegner innerhalb der CDU klar diese Position.

Ein Hoffnungsschimmer war im letzten Jahr die von Barack Obama bekundete Absicht zur nuklearen Abrüstung. Unsere Autorin Regina Hagen zieht mit Ihrem Beitrag über die Obama zugesprochenen Pläne zur atomaren Abrüstung eine ernüchternde Bilanz, die sich auch auf andere Ebenen erstreckt. Neben der Aufstockung der US-Truppen in Afghanistan muss man die Beibehaltung der Raketenabwehrpläne sehen, die lediglich gegenüber den ursprünglichen Plänen der Bush-Administration modifiziert wurden für mehr „wirtschaftliche“ Effizienz. Ähnliches lässt sich auch in zynischer Form für den zunehmenden Einsatz von Drohnen festhalten. Zuweilen wird deshalb in Kommentaren über Obama bereits von dem „Kriegsnobelpreisträger“ gesprochen. Zur Vergegenwärtigung: Die Anmeldefrist zur Nominierung des Friedensnobelpreisträger 2009 endete am 31.1.2009 – Obama war damals gerade mal 10 Tage im Amt! Kandidaten für echte Friedensnobelpreisträger gibt es natürlich auch. In diesem Jahr wurde bei dem Osloer Nobelpreiskomitee auf Initiative der Organisation „Business Crime Control“ der frühere UN-Sonderberichtsersteller für das Recht auf Nahrung Jean Ziegler nominiert. Jean Ziegler bekämpft auch heute noch die wirklichen und dringendsten Probleme unseres Planeten, während bei Obama – ebenso wie bei seinem Vorgänger – die Terrorismusbekämpfung obenan steht. Inwieweit das Terrorproblem real oder nur inszeniert ist, bleibt dabei offen. Der jüngste, missglückte Terroranschlag in Detroit wirft solche Fragen auf, da die Konsequenz eindeutig darin besteht, Gründe für die Herausbildung einer weiteren Kriegszone – in diesem Fall Jemen – zu liefern. Der weiteren Eskalation müssen wir deshalb auf verschiedenen Ebenen Widerstand entgegen setzen, zunächst mit Protesten bei der jährlichen Münchner Sicherheitskonferenz sowie mit neuen zentralen Aktionen gegen den Afghanistan-Krieg.

Karl-Heinz Peil

Kameradschaft mit Kriegsverbrechern als Traditionspflege der Bundeswehr

Von Inge Höger, MdB DIE LINKE, Mitglied im Verteidigungsausschuss
Und Mechthild Exo, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Friedens- und
Konfliktforscherin

■ „Für ein Bekenntnis zu unserer Bundeswehr, auch und gerade zu einer solchen im Einsatz, muss man sich in diesem Lande wirklich nicht schämen.“ Mit diesem Satz trat am 11. November 2009 Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg seine Zeit im Bundestag als Kriegsminister an. Zwei Monate zuvor haben über 140 Menschen, in der Mehrzahl wahrscheinlich Zivilisten, einen solchen Einsatz in Kooperation mit der US-Luftwaffe in der Nähe von Kunduz nicht überlebt – doch die Beschämung dafür war zu diesem Zeitpunkt noch kein Thema. In seiner Rede zitierte zu Guttenberg auch aus dem Eid der Bundeswehrsoldaten, die damit schwören „tapfer [Recht und Freiheit] zu verteidigen“ und „treu zu dienen“. Er redet von der Aufgabe der Soldaten „sich der Gefahr zu stellen“ und „ihr Leben für uns zu opfern“, „wenn wir die Bundeswehr in ihre bisweilen gefährlichen Einsätze entsenden“. So mancher Abgeordneten mit antimilitaristischer Haltung schauderte es bei diesem Auftritt. Schlimmes muss befürchtet werden, gerade auch für die Arbeit im Verteidigungsausschuss. Solch ein militaristischer Auftritt im Parlament durch Sprache und Körperhaltung, solche Worte des stolzen und fordernden Eintretens für bewaffnete Auslandseinsätze, solche Einstimmung auf bestehende und zukünftige Kriegsführung sind ein großer Sprung voran in der bereits bekannten Entwicklung Deutschlands zur Kriegsführung – für Zugang zu Rohstoffen und Energieressourcen, für sichere Handelswege und die Kontrolle von Migrationsbewegungen und Aufständen.

Krieg soll akzeptiert werden

Herr zu Guttenberg stellte auch gleich klar, dass von Kriegsverhältnissen in Afghanistan gesprochen werden kann, auch wenn die völkerrecht-

liche Lage sich davon unterscheidet. Damit weist er die Richtung, die er Ende November in Washington vor dem Center for Strategic and International Studies (CSIS) in Washington so formuliert: „Deutsche Militäreinsätze müssen normaler und breiter akzeptiert werden.“

Mit der Benennung von Krieg präsentiert zu Guttenberg sich auch als derjenige mit Verständnis für die Wahrnehmung der Soldaten im Einsatz – und versucht dies beizubehalten auch nachdem er um eine Rücknahme seiner Rechtfertigung der Luftbombardierungen auf die Zivilbevölkerung bei den Tanklastzügen nicht herum kam.

In seiner Rede (03.12.2009) anlässlich der Verlängerung des ISAF-Mandates des Bundeswehr und der „Neubewertung der Vorfälle in Kunduz“ betont zu Guttenberg, deshalb „... korrigiere ich meine Beurteilung allerdings nicht betreffend meines Verständnisses von Oberst Klein, [...] weshalb ich Oberst Klein nicht fallen lassen werde. Das würde sich nicht gehören.“ „Ich darf in aller Klarheit sagen, dass Oberst Klein mein volles Verständnis dafür hat, dass er angesichts kriegsähnlicher Zustände um Kunduz angesichts anhaltender Gefechte in diesen Tagen [...] subjektiv von der militärischen Angemessenheit seines Handelns ausgegangen ist. Dafür hat er mein Verständnis.“

Besondere Tradition: Gebirgsjäger in Mittenwald

Zu Guttenberg hat zuerst unter den Gebirgsjägern in Mittenwald gelernt, was sich unter Militärs gehört. Dort leistete er nach eigenen Angaben seinen Wehrdienst mit großer Zufriedenheit und habe „Kameradschaft kennen gelernt, wie ich sie in dieser Form noch nicht kannte“ – und blieb gleich Reservist. Das ehrenvolle Soldatentum – auch in historischer Konti-

nuität – wird bei den Gebirgsjägern besonders gepflegt. Dafür stehen diese seit Jahren in der Kritik. Die jährlichen Pfingsttreffen des Kameradenkreises der Gebirgstruppe, bei der Bundeswehrsoldaten, Wehrmacht- und SS-Veteranen zusammen kommen, machen keinen Bruch zu den Verbrechen und Verbrechern der nationalsozialistischen Kriegsführung. Im Zweiten Weltkrieg waren die Gebirgsjäger verantwortlich für zahlreiche Massaker an der Zivilbevölkerung zum Beispiel in Griechenland, Italien und Frankreich.

Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, wie der Einfluss einer ungebrochenen Tradition aus der Wehrmacht in die Bundeswehr von heute nur durch engagierte Aufklärungsarbeit und Protest eingeschränkt werden konnte. Lieder und Kriegsgeschichten der Wehrmacht, die Soldaten in Kampfstimmung versetzen sollten, waren (sind?) in den Ausbildungshandbüchern der Bundeswehr abgedruckt. Auch das Handbuch „Wegweiser zur Geschichte – Afghanistan“, die an alle in Afghanistan eingesetzten Bundeswehrangehörigen ausgegeben wird, wurde inzwischen mehrfach überarbeitet nach kritischer Offenlegung, dass der Beitrag zur nationalsozialistischen Geheimdienstarbeit in Afghanistan durch einen noch lebenden, rechtsradikalen Kreisen nahestehenden ehemaligen Angehörigen der Spezialeinheit „Brandenburg“ geschrieben wurde – selbstredend unkritisch.



Wehrmacht-Vorbild: Division Brandenburg

Die Spezialeinheit „Brandenburg“ war eine Sondereinheit der Wehrmacht und ist bekannt für ihre verbrecherischen Methoden und Massaker insbesondere bei der Partisanenbekämpfung. Sie kämpften unter anderem in Geheimoperationen – wie in Afghanistan von 1941 bis 1943 als „Unternehmen Tiger“, das eine weitere Angriffskriegsfront gegen Indien vorbereitet. Ein Angehöriger dieses Unternehmens, der Agent Dr. Manfred Oberdörffer, starb bei diesem Einsatz. Sein Grab ist mit Foto auch in der überarbeiteten Ausgabe des „Wegweiser Afghanistan“ abgedruckt. Allein der Hinweis, dass dieses Grab durch ISAF-Soldaten gepflegt wird, ist verschwunden. Die Gedenktafeln für die in Afghanistan gestorbenen deutschen ISAF-Soldaten befinden sich gleich neben dem Grab von Oberdörffer auf dem internationalen Friedhof von Kabul. Kommandeure heutiger deutscher Sondereinheiten aus Militär und Polizei – das Kommando Spezialkräfte (KSK) und die Grenzschutzgruppe 9 (GSG 9) – sehen in der Division „Brandenburg“ ein Vorbild. Im Buch „Geheime Krieger – drei deutsche Kommandoverbände im Bild“, erschienen im rechtsextremen Verlag Pour le Merite (2006), wird diese von den Generälen a.d. Reinhard Günzel (KSK) sowie Ulrich K. Wegener (GSG 9) als traditionsstiftend für die von ihnen angeführten Spezialeinheiten bezeichnet. Günzel: „Die Kommandosoldaten des KSK wissen genau, wo ihre

Wurzeln liegen. Die Einsätze der ‚Brandenburger‘ [...] gelten der Truppe geradezu als legendär.“ Wegener sieht vor allem „Kameradschaft und Korpsgeist der Brandenburger“ als vorbildhaft, sowie die „unkonventionelle“ Vorgehensweise, die „Raffinesse“ und die „Fähigkeit zur Gegnertäuschung“. Terroristische Methoden und Kriegsverbrechen gehen auf das Konto der Brandenburger. Ihre Kampfweise war auch nach damaligem Kriegsvölkerrecht nicht gedeckt und schloss beispielsweise das Tragen gegnerischer Uniformen ein. Der von der KSK veranlasste und vom Oberst Klein erteilte Befehl zur Luftbombardierung der Tanklastzüge bei Kundus ohne vorherige Warnung der Menschenmenge durch tiefes Überfliegen ist genauso wenig rechtlich abgesichert.

von Niedermayer – Eine deutsche Karriere

Aus Bundeswehrkreisen ist uns bekannt, dass im Rahmen der ISAF-Mission auf dem internationalen Friedhof in Kabul militärischen Ehrungen durchgeführt wurden, die auch die Ehrung des Wehrmachtsoffiziers Oskar Ritter von Niedermayer einschloss. Dieser Herr von Niedermayer gehörte seit 1939 zum Beirat der „Forschungsabteilung Judenfrage“ am Reichsinstitut für Geschichte des Neuen Deutschlands an, das der wissenschaftlichen Untermauerung der NS-Propaganda diente. Niedermayer war seit 1937 Leiter des „Instituts für allgemeine Wehrlehre“ an der Berliner Universität. Er forschte unter anderem

über den Einsatz von Sonderverbänden und er wurde selbst als Offizier zu mehreren Geheimmissionen in Afghanistan eingesetzt. Später übernahm er die Aufstellung einer Spezialeinheit, die er im Kampf gegen Partisanen im Balkan kommandierte. Im „Wegweiser Afghanistan“ des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes (MGFA) wird von Niedermayer hervorgehoben als Akteur für die „guten deutsch-afghanischen Beziehungen“. Auch Niedermayers Propagierung von ‚raumgreifenden‘ Operationen im Orient wird geschildert. Eine Kritik sucht die aufmerksame Leserin jedoch vergeblich. Gleichwohl ist es der Bundesregierung nicht peinlich zu antworten: „Die Ausführungen zu Oskar Ritter von Niedermayer sind Teil der kritischen Darstellung der Rolle des Deutschen Reiches in Afghanistan im Zeitalter der Weltkriege.“ So jedenfalls die Antwort der Bundesregierung auf eine entsprechende Anfrage der LINKEN. Floskelhaft wird dabei die Frage zur militärischen Ehrung abgehakt: „Die Bundeswehr gedenkt zu verschiedenen Gelegenheiten auch im Ausland gefallener Soldaten und ebenso der Opfer von Gewalt, Flucht und Vertreibung.“ Niedermayer ist nicht in Afghanistan „gefallen“, sondern in russischer Kriegsgefangenschaft gestorben. Seine von Hitler ausdrücklich geförderte wissenschaftliche Karriere u.a. durch geheimdienstliche Forschungsaufträge können schwerlich als erbrachte Opfer verstanden werden. Warum wird er in Kabul militärisch geehrt?

IM BLICKFELD

Auszug aus einem Streitgespräch mit CDU-Kriegskritiker Jürgen Todenhöfer

SPIEGEL: Würden Sie auch mit al-Qaida verhandeln?

Todenhöfer: Al-Qaida spielt in Afghanistan keine Rolle mehr. Das sagt selbst der amerikanische Oberbefehlshaber, General Petraeus. Wer behauptet, dass wir bei einem Abzug das Land al-Qaida überlassen, erzählt Märchen. Verbrecher kehren selten in die Verstecke zurück, aus denen sie gerade vertrieben worden sind.

SPIEGEL: Wenn wir keine Terroristen mehr jagen, was suchen wir dann noch in Afghanistan?

Todenhöfer: Wir kämpfen in Afghanistan gegen einen nationalen, antiwestlichen Aufstand. Afghanistan ist geo-

strategisch interessant, weil man von dort Russland, Indien, Pakistan und auch China kontrollieren kann. Auch rohstoffpolitisch ist das Land ein fabelhafter Standort. Schließlich wollen die Amerikaner eine Erdgaspipeline durch Afghanistan bauen.

SPIEGEL: Sie glauben doch nicht wirklich, dass deutsche Soldaten für wirtschaftliche Interessen sterben?

Todenhöfer: Ich glaube, dass unsere Soldaten in Afghanistan aus falsch verstandener Solidarität zu den USA sterben. Und dass unsere Politiker das ganz genau wissen.

Quelle: www.Spiegel.de – 29.06.2009

Alte und neue Kriegermentalität

Es ist zu befürchten, dass unter der Führung des Verteidigungsministeriums durch den ehemaligen Gebirgsjäger Freiherr zu Guttenberg kaum erwartet werden kann, dass Ehrungen für an verbrecherischen militärischen Aktivitäten beteiligten Soldaten aufhören werden. Eher werden Ehrungen gegenwärtiger Verbrecher folgen. Das neue Ehrenmal der Bundeswehr wurde nur vier Tage nach dem verheerenden Luftbombardement

von Kunduz eingeweiht – selbstredend nicht zum Gedenken der Opfer der Einsätze der Bundeswehr, sondern der tapferen SoldatInnen. Entsprechend wurde im Juli 2009 auch erstmalig seit dem Nationalsozialismus wieder ein Tapferkeitsorden verliehen. Eine neue Kriegermentalität – ummantelt mit dem Euphemismus des „Einsatzes für den Frieden“ – wird etabliert. Zum Glück treffen die Ehrungs- und Tapferkeitsveranstaltungen überall auf Widerstand: die Gebirgsjägertreffen werden seit Jahren von Protesten beunruhigt,

die Feier im Bundestag anlässlich des 15. Jahrestages bewaffneter Bundeswehreinheiten wurde gestört, die Ehrenmaleröffnung und die erste Vergabe der Tapferkeitsorden wurden mit antimilitaristischen Transparent- und Theateraktionen begleitet, die zunehmenden öffentlichen Gelöbnisse und Verabschiedungen werden gestört wie überhaupt öffentliche Werbeaufträge der Bundeswehr, die unter Rekrutierungsproblemen leidet. Es braucht dazu eine breite, vielfältig handelnde antimilitaristische Bewegung.

Afghanistan und Pakistan – Geopolitik und Pipelines

Von Lühr Henken, Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.

(Auszug aus Referat beim Friedensratschlag am 5./6. Dez. 2009)

Die Gaspipeline TAPI

1998 hatte ein vom US-Ölkonzern Unocal geführtes Konsortium mit der damaligen Taliban-Regierung einen Pipeline-Deal vereinbart. Einer der Lobbyisten von Unocal in Afghanistan war damals Hamid Karsai. Allerdings gelang es Osama bin Laden, die Taliban davon zu überzeugen, stattdessen einen lukrativeren Vertrag mit der argentinischen Ölfirma Bidas abzuschließen. Die Verärgerung Washingtons darüber war so groß, dass George W. Bush bereits Monate vor den Anschlägen vom 11. September 2001 die Entscheidung getroffen hatte, in Afghanistan zu intervenieren und das Taliban-Regime zu stürzen.

Offensichtlich geht es hier um sehr viel. Nämlich um Geopolitik. Warum? Die westliche Erdgas-Pipeline Turkmenistan-Afghanistan-Pakistan-Indien (TAPI) ist von strategischer Bedeutung. Mit TAPI wird das Ziel verfolgt, nicht nur China vom Zugang zu den zentralasiatischen Energieressourcen auszuschließen, sondern es geht den Amerikanern laut US-Wirtschaftsblatt Forbes darum, mit Hilfe der TAPI-Pipeline, Russlands Einfluss in der Region zu schwächen und Iran zu marginalisieren. TAPI soll in Afghanistan über Herat und Kandahar verlegt werden, in Pakistan über Quetta verlaufen und dann nach Neu Delhi führen. Im April 2008

haben Pakistan, Indien und Afghanistan mit Turkmenistan einen Rahmenvertrag über den Kauf von Erdgas unterzeichnet. Westliche Energiekonzerne wollen eigentlich mit den Bauarbeiten 2010 beginnen und 2014 fertig sein. Sie soll 7,6 Mrd. Dollar kosten.

Die Konkurrenz: Gaspipeline IPI

Das TAPI-Projekt konkurriert mit einem anderen Pipeline-Projekt: IPI. Dabei handelt es sich ebenfalls um eine Erdgas-Pipeline nach Pakistan und Indien. Jedoch mit dem entscheidenden Unterschied, dass das Gas aus dem Iran kommen soll. Dieses Projekt existiert seit 20 Jahren, ist also älter als TAPI. Ausgehend vom noch unerschlossenen iranischen Gasfeld South Pars im Persischen Golf, in dem 7 bis 8 Prozent der weltweiten Gasreserven lagern, soll die etwa 2500 km lange und 7,5 Mrd. Dollar teure Pipeline über Bandar Abbas durch Belutschistan verlegt werden, würde im pakistanischen Multan auf TAPI treffen und parallel zu TAPI verlaufen und in Neu Delhi enden.

Pakistan leidet unter Energieknappheit. Pakistans Gaskonsum würde durch IPI um 20 Prozent erhöht werden, mit TAPI sogar um ein Drittel. IPI läuft den Bestrebungen der USA, Iran zu isolieren, diametral entgegen.

Sanktionen gegen den Iran würden ins Leere laufen. Dem ungeachtet schlossen im Mai 2009 Pakistans Präsident Zardari und Irans Präsident Ahmednedschad einen Vorvertrag für diese so genannte „Friedenspipeline“ ab. Indien steht zunächst abseits, eine Klausel besagt jedoch, dass es sich jederzeit beteiligen kann. Auch die IPI-Pipeline soll 2014 fertiggestellt sein. An sie kann auch China angeschlossen werden. China soll Verträge über Investitionen in den Gassektor Irans in Höhe von 100 Mrd. Dollar abgeschlossen haben. Das IPI-Projekt wird von den USA bekämpft, denn es würde am Ende eine Achse Iran-Pakistan-Indien-China bilden.

Bau und Inbetriebnahme beider Pipeline-Projekte setzt eine weitgehende Befriedung Afghanistans und Pakistans voraus, so dass Anschläge auf die Pipeline ausgeschlossen sind. Davon ist man weit entfernt.

Einheitliches Kriegsgebiet „AfPak“

Die US-Regierung orientiert sich zunehmend auf den Rückzugs- und Ausbildungsraum der Taliban, auf das Gebiet der Paschtunen im Westen Pakistans. Seit der Ernennung Richard Holbrookes zum US-Sondergesandten werden Afghanistan und Pakistan von der US-Regierung als einheitliches Kriegsgebiet, kurz „AfPak“, behandelt und Obama setzt verstärkt auf den Einsatz von Kampfdrohnen und des Geheimdienstes CIA in Pakistan.

Die pakistanische Armee hat den Krieg gegen Aufständische im letzten Jahr mächtig verstärkt. So geht sie im Swat-Tal, in Süd- und Nordwaziristan

und in weiteren Stammesgebieten, sogar, wo es irgend möglich ist, mit schweren Waffen gegen aufständische Taliban vor. Insbesondere die Kämpfe in Süd-Waziristan, einer schluchtenreichen Hochgebirgsregion, in der unzählige Höhlen liegen, sind für die pakistanische Armee sehr verlustreich, zumal hier der Bodenkampf Mann gegen Mann erforderlich ist.

Die Opferbilanz in Pakistan ist ähnlich hoch wie in Afghanistan. 2006 wird die Zahl der Todesopfer in Folge von Kampfhandlungen mit 4000 angegeben, meist Taliban, für das Jahr zwischen dem Sommer 2007 und dem Sommer 2008 belaufen sich die Schätzungen schon auf 6.000. Darunter 1000 Soldaten und 2.000 Zivilpersonen. Die Verluste der pakistanischen Armee sind hoch, was den Kampfgeist schmälert.

Belutschistan ist für Pakistan von großer Bedeutung. Hier lagern reiche Bodenschätze und etwa die Hälfte des pakistanischen Erdgases kommt aus Ostbelutschistan um die Stadt Sui. Und auch genau hierdurch soll die Pipeline IPI aus Iran eines Tages verlaufen. Hier hatte der „Tiger von Belutschistan“ Bugti seine Residenz. Bugti führte einen Stamm mit 200.000 Mitgliedern. 5000 von ihnen gingen zum bewaffneten Kampf gegen die Armee über und sprengten Pipelines, denn die Regierung war nicht auf ihre Forderungen eingegangen, der Region einen

Anteil an den Erträgen aus den reichen Bodenschätzen zukommen zu lassen. Im August 2006 wurde Bugti mittels Raketenangriff in seinem Höhlenversteck von der Armee umgebracht. Das Problem ist damit aber nicht gelöst.

Aber auch der TAPI-Verlauf durch Quetta ist alles andere als sicher. Denn dort liegt die Kommandozentrale der aus Afghanistan geflüchteten Taliban. Quetta, die Hauptstadt Belutschistans, blieb bisher von der pakistanischen Armee unangetastet.

Abhängigkeit Pakistans von USA

Das soll sich nach US-Vorstellungen ändern. Dazu hat der US-Kongress ein Knebelgesetz verabschiedet. Das Kerry-Lugar-Gesetz sieht vor, dass Pakistan die Militärhilfe in Höhe von 1,6 Mrd. Dollar gestrichen wird, wenn die Regierung nicht ihre „Antiterrormaßnahmen“ auf das ganze Land ausdehnt. Der Betrag 1,6 Mrd. Dollar stellt ein Drittel der pakistanischen Militärausgaben dar. Darauf kann Pakistan, das am Rande der Zahlungsunfähigkeit dümpelt, kaum verzichten. Wenn Pakistan dem US-Druck folgen würde, welche Aussicht auf Erfolg hat ein militärisches Vorgehen gegen die militanten Islamisten in Pakistan?

Der Neuen Zürcher Zeitung war im April 2009 zu entnehmen, dass „laut einem vertraulichen Regierungsbericht (Pakistans) die verschiedenen is-

lamistischen Extremistengruppen, die im Nordwesten Pakistans aktiv sind, heute über 60.000 bis 90.000 bewaffnete Kämpfer verfügen.“ Dass diese von der pakistanischen Armee nicht besiegt werden können, hat vor allem zwei Gründe: Die Taliban sind Produkt des pakistanischen Geheimdienstes ISI, der die Koranschüler in den 80er Jahren mit CIA-Hilfe zu antisowjetischen Kämpfern in Afghanistan aufgebaut und später gegen Indien in Kaschmir eingesetzt hat.

Es besteht somit eine Hemmung gegen die Taliban vorzugehen. Zweitens stehen vier Fünftel der 550.000 Mann zählenden pakistanischen Armee an der Grenze zu Indien, dem Erzfeind, und nur ein Fünftel im Westen, mithin etwa 110.000 Soldaten. Und daran wird sich solange nichts ändern, wie sich das Verhältnis der beiden Erzfeinde nicht entspannt.

Was wird weiter geschehen? Der Krieg in Pakistan wird sich in der Fläche ausweiten und an Intensität zunehmen. Folglich wird es zu Flüchtlingsströmen kommen. Auch US-Drohnenangriffe werden zunehmen. Sie stoßen in Pakistans Bevölkerung auf große Ablehnung. (Laut Gallup-Umfrage lehnen 67 Prozent der Pakistaner sie ab, lediglich 9 Prozent befürworten sie, NZZ 7.12.09) Die dadurch verursachten zivilen Todesopfer erhöhen den Hass gegen die USA. Terroristische Gegenreaktionen der Taliban in Ballungszentren mit zum Teil verheerenden Bombenanschlägen verunsichern weiter. Das Land wird zunehmend destabilisiert.

Der Druck der USA auf Pakistan wird dort Gewalt und Chaos steigern, so dass die wirtschaftliche Situation und die Sicherheitslage Pakistans sich weiter verschlechtert. Damit erscheint es nicht mehr ausgeschlossen, dass die USA mit Kampftruppen nach Pakistan vordringen werden, später wohl möglich auch die NATO.

Wir werden es also insgesamt mit einer erheblichen Ausweitung des Krieges zu tun bekommen. Die USA operieren bereits mit Spezialeinheiten in Pakistan. Das für die USA leitende Motiv: Letztlich den „Allwetterfreund“ China als wichtigsten Verbündeten Pakistans zurückzudrängen und selbst an dessen Stelle zu treten.



Piratenjagd vor Somalias Küsten

Von Volker Matthies emer. Politikwissenschaftler, Hamburg
(Auszug aus Referat beim Friedensratschlag am 5./6. Dez. 2009)

■ Piraterie ist ein uraltes Phänomen, das allerdings zur Zeit, nicht zuletzt durch die Eskalation der Seeräuber-Attacken am Horn von Afrika, wieder eine „Renaissance“ erlebt, internationale Aufmerksamkeit findet und als ein gravierendes Sicherheitsproblem für die globale Schifffahrt und den Seehandel eingeschätzt wird.

Die gegenwärtige spektakuläre Piratenjagd am Horn von Afrika wurde durch den explosionsartigen Anstieg der Piratenangriffe im Jahre 2008 ausgelöst. Damit wurde das Horn von Afrika zu einem Schwerpunkt der weltweiten Piraterie in einem weltwirtschaftlich und sicherheitspolitisch hochsensiblen Seegebiet. Denn hier finden sich mit dem Suezkanal, dem Ausgang des Roten Meeres, dem Golf von Aden und dem nordwestlichen Indischen Ozean die Seewege zwischen Europa, dem Mittleren Osten und Ostasien, auf denen ein erheblicher Teil des Welthandels (einschließlich des Rohölhandels) abgewickelt wird. Darüber hinaus sind etliche der Anrainerstaaten politisch instabil sowie in innere und äußere Konflikte verstrickt. Zugleich finden sich hier in Somalia die wesentlichen Bedingungsfaktoren für ein Aufblühen der Piraterie, die man auch in anderen Weltregionen ausgemacht hat: das Fehlen einer effektiven Staatsgewalt und Rechtsstaatlichkeit, lang anhaltende Gewaltkonflikte, die Verfügbarkeit von Waffen, eine verarmte Küstenbevölkerung, das Vorhandensein stark befahrener Schifffahrtswege in Küstennähe sowie günstige geographische Gegebenheiten in Gestalt von engen Meeresspassagen.

Lösegeelder für Schiffe und Mannschaften

Die Jagd- und Fanggründe der Piraten erstrecken sich mittlerweile von den Gewässern vor der Somaliküste und dem Golf von Aden weit nach Osten und Süden in den Indischen Ozean hinein. Von 2007 bis 2008 war vor allem der Golf von Aden bevorzugtes Fanggebiet, da hier infolge des dichteren

Schiffsverkehrs (16 – 20 000 Schiffe pro Jahr), der engeren Schiffspassage und der leichteren Lokalisierung der Schiffe die Aussicht auf fette Beute lockte. Die Beuteschiffe reichen von Luxusjachten, Sportbooten und Kreuzfahrtschiffen über Container- und Massengutfrachter sowie Schiffe des Welternährungsprogramms mit humanitären Hilfsgütern bis hin zu Chemikalien- und Rohöltankern. Als optimale Beuteschiffe gelten solche mit geringer Geschwindigkeit, niedrigem Freibord, wenig Mannschaft und wertvoller Ladung. In den Jahren 2008 und 2009 (bis Mitte Juni) soll es insgesamt wohl über 200 Piraten-Angriffe sowie Geiselnahmen von etwa 40 Schiffen und über 500 Seeleuten gegeben haben. Die durch dieses „maritime Kidnapping“ erpressten Lösegeldzahlungen bewegen sich in der Regel zwischen 1 und 3 Mio US\$.

Maritime Robin Hoods?

Der Ursprung der Piraterie am Horn von Afrika liegt zweifellos in dem Widerstand lokaler somalischer Fischgemeinden gegen Raubfischer bzw. „Fisch-Piraten“ vor ihren Küsten. Somalia, mit einer der längsten Küstenlinien in Afrika (3 300 km), verfügt in seinen Küstengewässern über hochproduktive und international begehrte Fischbestände, neben Krabben und Hummern vor allem Thunfisch. Seit der Auflösung des somalischen Staates im Jahre 1991 drangen immer mehr Raubfischer in diese Küstengewässer ein. Zeitweise sollen dort nach Schätzungen der FAO rund 700 ausländische Fischereifahrzeuge illegal gefischt haben.

Schätzungen der Vereinten Nationen geben den jährlichen Marktwert des Fischfangs, der in somalischen Hoheitsgewässern abgefischt wird, mit rund 300 Mio US\$ an. Dieser Summe standen im Jahre 2008 geschätzte 120 Mio US\$ an Lösegeldzahlungen für von somalischen Piraten gekaperte Schiffe gegenüber. Schon frühzeitig kam es daher zwischen somalischen Fischern, die

ihre Lebensgrundlage bedroht sahen, und ausländischen Raubfischern zu Konflikten und gewaltsamen Zwischenfällen. Wurden dabei fremde Fischereifahrzeuge von Somali gekidnappt, so galt dies international als Akt der „Piraterie“, obwohl es sich tatsächlich eher um einen legitimen Akt des Widerstandes und der Selbsthilfe gegen ausländische „Fisch-Piraten“ handelte.

Zusätzlich zu der Raubfischerei wurden die Lebensgrundlagen somalischer Fischer auch durch die illegale Verklappung von Chemieabfällen und von (zumindest schwach) radioaktivem Müll in den Küstengewässern bedroht, zumal die Tsunami-Katastrophe von 2004 diesen Giftmüll wieder an die Oberfläche schwemmte. Jahrelang hatten somalische Behörden, Nichtregierungsorganisationen und Fischer sowie internationale Organisationen sowohl die Raubfischerei als auch die Giftmüllentladung vor den Küsten des Landes publik gemacht, kritisiert, Handlungsbedarf angemahnt und um internationale Hilfe gegen diese Übel gebeten, leider allerdings ohne Erfolg.

Flottenaufmarsch der Piraten-Jäger

Seit dem Jahr 2008 und im Sommer 2009 befanden sich Dutzende von Kriegsschiffen aus rund 20 Staaten vor den Küsten Somalias, darunter Marineeinheiten aus den USA, Ländern der Europäischen Union, Russland, China, Indien, Korea, Japan, Malaysia und Iran. Neben nationalen Patrouillen fanden drei multilaterale Marine-Operationen im Einsatzgebiet statt. Zum einen widmete sich die „Combined Task Force 150“, die maritime Komponente der Anti-Terror-Operation „Enduring Freedom“, gleichsam „nebenamtlich“ auch der Piratenjagd. Ferner entsandte die NATO unter dem Dach der Operation „Allied Provider“ eine „Maritime Group-2 (SNMG2) zur Eskortierung von Handelsschiffen und Versorgungsschiffen des Welternährungsprogramms. Schließlich führte die Europäische Union seit Dezember 2008 mit der „Operation Atalanta“ die erste multilaterale maritime Mission ihrer Geschichte durch, die ebenfalls allgemeinen Eskortierungs- und Konvoischutzzwecken dienen soll.

Welche Interessen und Motive lassen sich nun hinter diesem imposanten

Flottenaufmarsch ausmachen? Die Bedrohung durch Piraten führt zu erheblichen zusätzlichen wirtschaftlichen Kosten, die zwar für den über See abgewickelten Welthandel insgesamt kaum relevant sind, jedoch für einzelne Schifffahrtsgesellschaften und deren Kunden durchaus zu Buche schlagen: dies sind Kosten für gekaperte Schiffe und Güter sowie Lösegeldzahlungen, höhere Versicherungsprämien, höhere Kosten für Ausweichrouten (vor allem um das Kap der Guten Hoffnung herum) sowie Kosten für Fahrtverzögerungen und verspätete Auslieferung von Frachtgütern.

Seit Anfang 2008 sollen der Schifffahrtsindustrie auf diese Weise durch die Piraterie am Horn von Afrika Zusatzkosten in Höhe von insgesamt 200 Mio US\$ entstanden sein. Dabei war nicht zuletzt auch Deutschland betroffen, das als eine der wichtigsten Exportnationen die größte Container- und drittgrößte Handelsflotte der Welt unterhält sowie 17% seines Außenhandels und 56% seines Rohölimports über den Seeweg abwickelt. Auch geht es der NATO, der Europäischen Union, den USA, aber auch Russland und der VR China womöglich darum, ihre jeweilige militärische Präsenz und Kontrolle in der geostrategisch und geo-ökonomisch gegenwärtig und künftig bedeutsamen Meeresregion des Indischen Ozeans auszuweiten.

Schließlich spielen bei der Entsendung von Kriegsschiffen auch Status- und Prestigefragen eine Rolle, ebenso

der durch eine dramatisierende Medienberichterstattung erzeugte öffentliche Handlungsdruck auf staatliche Akteure, die dann mit den militärischen Marschbefehlen ihre Entschlossenheit und Handlungsfähigkeit zum Ausdruck bringen können. Für Marinestreitkräfte bietet die Piraterie zudem einen willkommenen Anlass, ihre Nützlichkeit unter Beweis zu stellen, neue Aufgaben zu definieren, dafür mehr Mittel für Aufrüstungszwecke einzufordern und in einem global wichtigen Operationsgebiet ihre Fähigkeiten zu erproben. Dies gilt beispielsweise für die deutsche Marine auf ihrem Weg hin zu einer weltweit einsatzfähigen Expeditions-Marine.

Lösung nur auf dem Land und nicht auf dem Meer

Unverkennbar ist die hochgradige Asymmetrie zwischen den mit modernsten nautischen und Aufklärungsmitteln sowie Waffen hochgerüsteten high tech-Flotten der ausländischen Mächte und den vergleichsweisen low tech-Booten der somalischen Piraten. Reguläre staatliche Gewaltakteure stehen hier irregulären nicht-staatlichen Gewaltakteuren gegenüber: „Doch die für den Kalten Krieg hochgerüstete Flotte erscheint unfähig, den von einer Handvoll rostiger Mutterschiffe aus operierenden somalischen Piraten das Handwerk zu legen“. Der „maritimen Partisanenstrategie“ und dem ausgedehnten Aktionsradius der somalischen Piraten hat die Kriegsflotte ausländischer Staaten mit ihrem „Schaulaufen“ und ihrer „Ka-

nonenbootdiplomatie“ bislang keine effektive Strategie entgegensetzen.

Ein weitgehender Konsens dürfte darüber bestehen, dass letztendlich nur auf dem Wege einer Befriedung und politischen Stabilisierung Somalias der Piraterie Einhalt geboten werden kann. Auf diesem Wege sollte man „eine Regierung in Somalia unterstützen, die als Teil ihrer Durchsetzung von Recht und Ordnung auch die Piraterie ausmerzt. Zwei Fälle der Eindämmung von Piraterie am Horn von Afrika stützen die These, dass allein handlungsfähige somalische Autoritäten selbst das Problem der Piraterie nachhaltig lösen können: so gab es infolge einer effektiven Kontrolle von Häfen und Küstengewässern durch Patrouillenboote in der seit 1991 faktisch unabhängigen „Republik Somaliland“ im Nordwesten Somalias keinerlei Akte von Piraterie.

Wahrscheinlich wollten die dortigen Autoritäten der internationalen Gemeinschaft auch ihre Durchsetzungsfähigkeit demonstrieren und damit um völkerrechtliche Anerkennung werben. Zu einer Unterdrückung der Piraterie kam es zeitweilig auch im Süden Somalias, als im Jahre 2006 die Union islamischer Gerichtshöfe (UIC) während ihrer sechsmonatigen Herrschaft massiv gegen die Piraten vorging, „zumindest teilweise mit der Absicht, der Welt zu beweisen, dass sie für die Wiederverkehr von Gesetz und Ordnung ... stand und aus diesem Grund unterstützt werden sollte“. Doch da die USA und andere Länder eine „Talibanisierung“ Somalias und ein „zweites Afghanistan“ befürchteten, ermunterten sie im Kontext des Anti-Terror-Krieges am Horn von Afrika das Nachbarland Äthiopien zu einer Militärintervention mit dem Zweck der Zerschlagung der islamischen Gerichtshöfe. Man hätte also seinerzeit durch eine Kooperation mit dem UIC politisch einfacher und kostengünstiger als heute eine Eindämmung der Piraterie erreichen können. So bleibt nur zu hoffen, dass die Gewaltkonflikte in Somalia endlich ein Ende finden und eine innerhalb und außerhalb des Landes anerkannte Regierung aus eigenem Antrieb gegen die Piraterie vorgeht, den Piraten dabei aber zu attraktiven alternativen Beschäftigungs- und Existenzmöglichkeiten in einem befriedeten Umfeld verhilft.



Wie friedensfähig ist der Kapitalismus?

Von Conrad Schuhler, Institut für Sozial-ökologische Wirtschaftsforschung (ISW), München,
(Beitrag basierend auf Referat beim Friedensratschlag am 5./6. Dez. 2009)

■ Es scheint, dass Krieg und Kapitalismus insbesondere für die USA eng zusammen gehören. Muss das so sein?

Das erste und oberste Gesetz des modernen Kapitalismus lautet: dieser muss wachsen, es gibt ihn nur als ständig weiter Ressourcen verschlingendes Unternehmen. Es handelt sich dabei nicht um irgendeinen Wachstumswahn, sondern um einen Zwang. Der Kapitalismus wächst, oder er hört auf zu existieren. Der Funktionsprozess des Kapitals besteht, um Marx zu zitieren, „nur in seiner Bewegung als sich selbst verwertender Wert“. Der Witz des Kapitals besteht darin, das Kapital zu vermehren, auf dass es in der nächsten Periode noch mehr Profit abwerfe. Dies hat nichts mit der Habgier des Kapitalisten zu tun, sondern mit den Gesetzen des Marktes. Der kapitalistische Unternehmer muss ständig seinen Technologieeinsatz optimieren, muss Kapital- und Arbeitsproduktivität laufend erhöhen, um seine Wettbewerbsstellung zu verbessern oder mindestens zu halten. Die Verdrängung der Wettbewerber erweist sich im eigenen Wachstum von Umsatz und Profit. Die Folge ist eine schnelle Ausdehnung der Produktionskapazitäten, ein ständiger Druck in Richtung Wachstum (und gleichzeitig in Richtung Überakkumulation, der wesentliche Grund der Krisen). Und ständiges Wachstum bedeutet ständigen und verstärkten Verbrauch von Ressourcen, seien sie menschlicher oder stofflicher Natur.

Wachstumswang stärker als Ressourcenschonung

Wachstumswang und Wachstumstempo des Kapitalismus sind weit stärker als alle Bestrebungen, über „Ressourcenschonung“ den Verbrauch der ja endlichen Naturstoffe zu vermindern. Es zeigt sich damit, dass die gewachsene Umweltfreundlichkeit

der Technologien durch das intensive Wirtschaftswachstum zunichte gemacht wird, es bleibt bei immens anwachsendem Ressourcenverbrauch. Dies zeigt sich nirgends deutlicher als an der wichtigsten Substanz, dem „Lebenssaft“ der Wachstumsgesellschaft, nämlich dem Erdöl. Der Punkt des „Peak Oil“ wird derzeit erreicht, Öl wird knapper, in Zukunft sprudelt weniger Öl mit geringerem Druck nach oben, trocknen Stätten aus, wird es sehr viel teurer, Öl zu fördern und zu raffinieren.

Und doch geht der Ölverbrauch, angetrieben vom Öl/Rüstungs/Auto/Transport- und Verkehrskomplex, in verschärftem Tempo weiter. Man zieht daraus weniger technologische oder gar wachstumseinschränkende Konsequenzen, als vielmehr militärische zur weltweiten Sicherung der Kontrolle über die knapper werdenden Ölreserven, die – wie die meisten übrigen strategischen Ressourcen – zu einem großen Teil außerhalb der Grenzen der kapitalistischen Hauptländer liegen.

Globale Kontrolle gilt als „Verteidigungsfall“

Nach 1989 sanken die Militärausgaben nur für kurze Zeit, seit 1996 zogen sie wieder scharf an und sind Jahr für Jahr weiter gestiegen. In der Rüstungs- und Kriegspropaganda wurde die „rote Gefahr“ ersetzt durch die „Bedrohung durch den Islam“ sowie durch fehlgeschlagene Staaten, bei denen man eingreifen müsse, um die Menschenrechte zu schützen. Unter dem Boden der islamischen Länder liegen bekanntlich zwei Drittel der Öl- und Gasreserven; fehlgeschlagene Staaten rücken dann in den Fokus, wenn dort Probleme auf den Transportrouten des globalen Ressourcenverkehrs entstehen wie z.B. mit den Seepiraten vor Somalias Küste. In allen westlichen Militärdoktrinen, von

den USA über die Nato bis zur Bundeswehr, wird die Rohstoff- und Energiesicherheit als zentrales Element der Sicherheitspolitik heraus gestellt. Im Mittelpunkt der Sicherheitsstrategien steht längst nicht mehr die Verteidigung der Landesgrenzen, sondern die politisch-militärische Kontrolle der Weltressourcen und der entsprechenden Transportwege.

Krieg als Form von Klassenkampf

Die neue Form einer globalen Militärpolizei – insbesondere gegen unerwünschte Immigranten aus dem Süden – geht weit über die bisherigen Formen von „peacekeeping“ und „peace enforcement“-Operationen hinaus. Die Hauptgründe für militärische Konflikte liegen heute nach der Einschätzung der EU-Experten nicht mehr in der Konkurrenz nationaler Eliten gegeneinander, sondern in den Spannungen zwischen den verschiedenen sozio-ökonomischen Klassen einer Gesellschaft. Es komme darauf an, mit militärischen Mitteln das politische Kräfteverhältnis in den jeweiligen Ländern im Interesse der eigenen Ziele zu beeinflussen.

Die neuen Militärdoktrinen bereiten sich also im Rahmen einer globalen Militärpolizeikontrolle auf die Niederschlagung von innergesellschaftlichen Revolten und Aufständen vor, die das globale Kapital an ungestörter weltweiter Ausbeutung hindern könnten. Das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates wird geradezu umgekehrt in die Maxime, überall zu jeder Zeit auf Grund eines eigenen Interesses zuzuschlagen zu können. Man bleibt nicht dabei stehen, in Ländern, wo Bürgerkriege herrschen oder angezettelt werden können, die eigenen Partner zu unterstützen. Auch Länder, die bereits eine antikapitalistische Orientierung vollzogen haben, müssen mit Militärschlägen rechnen. Die entscheidende Frage lautet nun: Wie viel Fähigkeit zum kooperativen Management bleibt, wenn die nächste Krise die Weltwirtschaft noch härter trifft als dieses Mal?

Dem Selbstlob der politischen Eliten des Globalisierungskartells, sie hätten mit ihren finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen die Kernschmelze



des Systems verhindert, ist fürs erste zuzustimmen. Allerdings ist der Preis der Flutung des gesamten Systems mit Billionen von Dollars und Euros hoch. Die Staatsschulden wurden gewaltig aufgebläht, in Deutschland, das so stolz war auf seine finanzielle Solidität, betragen die öffentlichen Schulden das Siebenfache der jährlichen Steuereinnahmen des Bundes. Das macht Steuererhöhungen und Kürzungen der öffentlichen Leistungen in den nächsten Jahren unvermeidlich. Und es ist keineswegs ausgemacht, dass die Krise tatsächlich schon gewendet wäre. Die Wirtschaft verharrt auf dem geschrumpften Krisenniveau.

Hält die wirtschaftliche Katastrophe an, dann liegt die Option des Einsatzes längst aufgebaute militärischer Kapazitäten nahe, besonders für jene Länder, die im wirtschaftlichen Wettbewerb zurückfallen, in der Währung der Waffen aber weit in Führung liegen. Gemeint sind damit natürlich die USA und die EU. Von diesen Staaten geht die größte Gefahr sowohl für ständige militärische Einsätze im Rahmen der globalen Militärpolizei herrschaft wie für die Entfesselung eines „großen Krieges“ aus.

Wie sieht es mit den Gegenkräften aus? Die große Mehrheit der Weltbevölkerung ist unzufrieden mit dem Ka-

pitalismus. Nach einer Studie der BBC in 24 Ländern finden nur 11 % der Befragten, dass der Kapitalismus in seiner derzeitigen Form funktioniert. In Deutschland sind es 16 %. Drei Viertel der Deutschen geben dem kapitalistischen Wirtschaftssystem die Schuld an der Wirtschaftskrise. Zur selben Zeit haben die Deutschen den beiden Speerspitzenparteien des Neoliberalismus eine Mehrheit im Bundestag verschafft. Das Gefühl der Unzufriedenheit, der Angst über die zukünftige Entwicklung setzt sich nicht um eine Parteinahme für politische Alternativen. Dies gilt gerade auch in der Frage Krieg oder Frieden.

Warum ist dies so? Der sozialpsychologische Mechanismus scheint folgendermaßen abzulaufen: Die Menschen verzehren – gerade in der Krise – ihre psychische und soziale Kraft im ständigen Kampf um die Sicherung ihrer Existenz. Für grundsätzliche politisch-gesellschaftliche Perspektiven haben sie weder Zeit noch Energie noch psychischen Antrieb.

Sie sehen sich am Rande ihrer Kräfte und hoffen, dass das Schlimmste vermieden wird. Gerade ihre ständige Demütigung und „Versagenserfahrung“ macht sie bereit, sich den Plänen und der Propaganda der Mächtigen zu unterwerfen und sich an die Kommandos von oben anzupassen.

Friedensbewegung hat Schlüsselrolle

Hier kommt die große, gar nicht zu überschätzende Rolle der Friedensbewegung ins Spiel. Sie muss erstens zeigen, wie die Alternative einer solidarischen Völkergemeinschaft zum militärisch bewehrten globalen Wettbewerb aussehen kann. Und sie muss zweitens imstande sein, politischen Druck zu erzeugen, um der heute noch dominierenden Kriegs- und Rüstungslüge in der politischen Kultur entgegen zu treten.

Das Ziel der Friedensbewegung muss sein, so stark zu werden, dass ein bis jetzt mehrheitlich auf der anderen Seite stehendes Parlament nicht mehr an ihren Forderungen vorbei kann. Dafür gibt es viele Ansprechpartner.

Da sind einmal die Menschen, die wahrnehmen, wie das System sie ihrer materiellen Existenzgrundlagen beraubt oder diese ernstlich bedroht. Da sind zum andern solche, die von ethischen Maßstäben ausgehen, beispielsweise dass der Mensch Ebenbild Gottes sei, und sich nun wundern, was diese Gesellschaft aus Gottes Ebenbild gemacht hat und wie die Mächtigen Menschen in und aus anderen Regionen der Erde begegnen. Da sind zum dritten sogar erklärte Parteigänger des Kapitalismus, die aber die Ausplünderung der Erde und ihrer Bewohner auch ökonomisch langfristig für kontraproduktiv halten.

Krieg oder Frieden ist in allen drei Bereichen eine Kernfrage. Wir brauchen Arbeit für alle und Arbeitsergebnisse, die für alle nützlich sind. Rüstung und Krieg sind das Gegenteil. Um materieller Vorteile willen systematisch Menschengruppen umzubringen, spricht jeder moralischen Haltung Hohn. Der Kampf der Menschheit ums Überleben bedarf, wie aufgeklärte Kapitalisten erkennen, der Solidarität, nicht der Vernichtung der Konkurrenten.

Ob die kapitalistischen Länder friedensfähig sind, wird davon abhängen, ob die Friedenskräfte die herrschende Kapitalfraktion daran hindern können, nach ihrer Logik zu handeln. Man muss dies für eine offene Frage halten. Also muss man es versuchen.



DR. SABINE SCHIFFER

Islamophobie – Stimmungsmache für „gerechte“ Kriege

Interview mit Dr. Sabine Schiffer, Institut für Medienverantwortung, Erlangen

FJ: Anfang Juli 2009 hat ein 28jähriger aus Russland stammender Deutscher im Dresdner Landgericht eine 32jährige Ägypterin ermordet, indem er 18mal auf sie eingestochen hat. Vorausgegangen war, dass der Täter sein Opfer als „Islamistin“ und „Terroristin“ beschimpft hat. Ist es so, dass dieser Mord im Ausland mehr Aufsehen erregt hat als in Deutschland selbst?

In Ägypten auf jeden Fall und die Fotos von massenhaften Aufmärschen zur Beerdigung in Alexandria suggerieren das nochmal mehr. Ob das über mehrheitlich islamische Länder hinweg auch Aufsehen erregt hat, weiß ich nicht. Auf jeden Fall hat sich bei uns ein eher schmerzlicher Erkenntnisprozess durchgesetzt, der sich in zunächst verhaltenen Reaktionen, dann in Leugnung der Problematik des antiislamischen Ressentiments und schließlich in zaghaften Diskussionen äußerte. Wir haben die gesamte Presseberichterstattung in Deutschland, Österreich und der Schweiz zusammengestellt, die in Kürze auf unserer Website abrufbar sein wird.

FJ: Kann man diesen Mord als Ergebnis einer von Staat und Medien betriebenen islamophoben Stimmungsmache bezeichnen?

Ich persönlich halte „den Staat“ – also staatlich Verantwortliche – nicht für den Initiator einer antiislamischen Kampagne, sehr wohl jedoch für deren Profiteur. Der größere Teil der antiislamischen Hetze, die mal offen, mal

subtil betrieben wird, ist meiner Einschätzung nach immer noch ein Missverständnis, und zwar so schlicht wir wirksam: das der Verallgemeinerung – wenn sich auch einige Think Tanks ausmachen lassen, die diese Stimmung schon lange aktiv betreiben: das Middle East Forum von Daniel Pipes und seine Ableger, die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, die sich in diesem Themenbereich auf Expertisen evangelikaler Provenienz stützt, das evangelikale Institut für Islamfragen sowie die Publikationen der Deutschen Evangelischen Allianz, die Christliche Mitte mit Adelgunde Mertensacker als Ideengeberin der antiislamischen Argumentation, wie man sie heute in jedem sog. „islamkritischen“ Blog findet.

FJ: Dem gegenüber hat man in Deutschland das Ergebnis der Schweizer Volksabstimmung mit der Mehrheitsentscheidung für ein Minarettverbot scheinbar einhellig verurteilt – zumindest was die sogenannte Mitte unserer Gesellschaft betrifft. Ist das tatsächlich so?

Ja, man hatte den Eindruck. Und damit gab man Wolfgang Bosbach & Co. die Möglichkeit von einem Unterschied zwischen veröffentlichter und öffentlicher Meinung zu sprechen und für ein Ernstnehmen der Volksmeinung zu plädieren. Das ist aus mehrerer Hinsicht interessant: erstens, die kritische Bewertung von Medienseite könnte auch ein Reflex nach dem Motto „die anderen haben ein Problem mit antiislamischen Rassismus“, das kann ich ruhig anprangern, weil es mir nicht selbst an den Kragen geht. Ich empfand die Empörung über die Schweiz verlogen. Weil nämlich zweitens festgestellt werden muss, dass die veröffentlichte Meinung jahrzehntelang antiislamische Einstellungen kultiviert hat. Natürlich muss man die Einstellungen der Menschen ernst nehmen, aber doch unter der Fragestellung, wie es zu diesen Einstellungen gekommen

ist. Wer will angesichts antijüdischer oder antiislamischer Weltverschwörungstheorien ernsthaft von der Notwendigkeit des Ernstnehmens sprechen? Außer um sie zu bekämpfen?

FJ: Seit dem 11. September 2001 wird Stimmung geschürt gegen den „islamischen Terrorismus“. Baut die neue Welle der Islamophobie hierauf auf oder wird hier die Stimmung in eine neue Richtung gelenkt?

Die kriegstreibende Argumentation seit den Anschlägen vom 11. September konnte auf lange verankerte antiislamische Vorurteile zurückgreifen, die mindestens seit der iranischen Revolution und verstärkt nach dem Zusammenbruch der UdSSR aufgebaut wurden, und erscheint vielen auch darum so plausibel. Dabei bleibt der Mechanismus banal wie eh und je: Nenne die schlechten Eigenschaften bei Deinem gewünschten Feind und die guten Eigenschaften bei Dir! Fertig ist das jeweilige Feindbild!

FJ: In Ihrem Buch „Antisemitismus und Islamophobie – Ein Vergleich“ stellen Sie diese neue Stimmungsmache auf eine Ebene mit der historischen Altlast Deutschlands. Ist das nicht ein zu harter Vergleich?

Wir, mein Co-Autor Constantin Wagner und ich, kritisieren im Buch, dass wir unsere historischen Lektionen eher auswendig gelernt, denn verstanden hätten – das sieht man u.a. daran, dass man Antisemitismus fast ausschließlich mit Nationalsozialismus und Holocaust assoziiert sowie mit rechtsextremen Einstellungen. Das ist alles eine ungünstige Reduktion. Die subtileren Mechanismen des Antisemitismus im 19. und allenfalls frühen 20. Jahrhundert sind da aufschlussreicher, weil wir uns ja nicht über unsere Vorfahren stellen sollen und nur diese verurteilen – das ist leicht –, sondern selber gucken, wo ähnliche entmenslichende und dämonisierende

Mechanismen wirken können und das im angstbesetzten Hier und Jetzt, ohne sicheres historisches Urteil. Dämonisierende Mechanismen gibt es heute nach wie vor in Bezug auf Juden, aber auch in Bezug auf andere Minderheiten. Die sog. Islamophobie – der Begriff ist ähnlich schief und undefiniert, wie der des Antisemitismus – ist aktuell ein besonders brisantes Ressentiment, auf Grund dessen Menschen hier wie auch in Irak, Afghanistan und anderswo zu Schaden kommen. Der antiislamische Rassismus hat auch und gerade eine außenpolitische Dimension, weil ja es ja mehrheitlich Muslime sind, die zufällig auf einem Großteil der knapper werdenden Ressourcen wohnen. Und da wird, wie auf dem Balkan erprobt, ganz „mitfühlend“ im Sinne einer „humanitären Intervention“ angeblich zum Schutze vor allem von Frauen und Mädchen Krieg legitimiert. Früher nannte man das offen Propaganda. Natürlich musste und muss man den unpopulären Krieg als „gerechtfertigt“ und damit „gerecht“ verkaufen.

FJ: Welche Wirkungen hat diese Stimmungsmache bzw. dieser Kampa-

gnenjournalismus auf die hier lebenden Muslime? Und welche Möglichkeiten sollten hierzulande alle Nicht-Muslime nutzen, um dieser Kampagne entgegen zu treten?

Das ist als ein auffälliger Effekt nach dem 11. September zu beobachten. Während zuvor die Themen Islam, sog. Islamistischer Terrorismus und dergleichen vor allem über die Auslandsberichterstattung vermittelt wurde – so wurde der Blick der Angst gerade auch durch Terrorwarnungen und damit einhergehenden Sicherheitsgesetzgebungen, sprich Überwachungsmaßnahmen, auf Islam und Muslime gelenkt. Hier vermischte sich dann Fremdenfeindlichkeit mit Islamfeindlichkeit. Interessant und erschreckend, wie z.B. auch die Grünen auf die diskursiven Tricks Konservativer hereinfließen. Während viel von Multi-Kulti geredet worden war und dies als Forderung gegenseitiger Anerkennung stets im Raum stand, wurde nun so getan, als wäre der Diskurs die Realität in den Stadtteilen gewesen und als sei nun Multi-Kulti gescheitert. Heutzutage ist es „In“, ein bisschen antiislamisch zu sein und an die isla-

mische Welt Forderungen zu stellen, die in der Mehrheit schon verwirklicht sind. Damit werden Defizite suggeriert, die auf die Gruppe zurückwirken. Da haben wir im Bildungssektor eine große Aufgabe und unsere Forderung nach einem systematischen Lehrplan Medienbildung setzt genau hier an, denn das Beschriebene trifft auf andere Themen auch zu. Es ist beunruhigend, dass wir als parlamentarische Demokratie, die auf Reflexionen über Meinungsbildungsprozesse angewiesen ist, keine evaluierte und garantierte Bildungseinheiten für diese Mechanismen haben – entweder fahrlässig oder nicht gewollt, aber der Manipulation wird hier Vorschub geleistet. Über diese grundsätzlichen Bildungsinhalte hinaus dürfen auch Konzepte aus der antisemitismuskritischen Arbeit einfließen. Wer als Dunkelhäutiger in der ersten Schulklasse gefragt wird „Wo kommst Du her?“ weiß spätestens dann, dass er Anders ist und nicht zu dem ominösen Wir gehört.

Weitere Infos:
www.1001-idee.eu
(für Schulen aufbereitet)
www.medienverantwortung.de

IM BLICKFELD

Interview mit Evo Morales zum Thema Kapitalismus und Klimaschulden

(während des Klimagipfels in Kopenhagen)

F: Gestern haben Sie hier, im Bella-Center, eine Rede gehalten. Sie sagten, wir könnten die globale Erwärmung nicht stoppen, ohne den Kapitalismus zu beenden. Was meinten Sie damit?

Der Kapitalismus ist der größte Feind der Menschheit. Der Kapitalismus – ich spreche hier von einer irrationalen Entwicklung, einer Politik der unbegrenzten Industrialisierung – zerstört die Umwelt. Diese irrationale Industrialisierung ist Kapitalismus. Und solange wir diese Politik nicht überdenken und überarbeiten, wird es unmöglich sein, der Menschheit und dem Leben zu helfen.

F: Wie würden Sie vorgehen? Wie würden Sie den Kapitalismus beenden?

Durch eine Veränderung der Wirtschaftspolitik und durch ein Ende der Konsumhaltung und des Luxus; den Kampf ... die Suche nach einem besseren Leben beenden. „Besser leben“ heißt doch, andere Menschen auszubeuten. Es heißt, die natürlichen Ressourcen zu plündern. Es bedeutet Egoismus und Individualismus. Aus diesem Grunde fehlt jenen Versprechungen des Kapitalismus auch das Ele-

ment der Solidarität und der Wechselseitigkeit; die Reziprozität fehlt. Daher versuchen wir – wir denken über eine andere Lebensweise nach. Es geht darum, gut zu leben – nicht um besserleben. Es geht nicht um ein besseres Leben, denn das heißt immer, auf Kosten anderer. Ein besseres Leben geht auf Kosten der Umwelt, die dabei zerstört wird. [...]

Was sagen Sie übrigens zu den Ausgaben der USA gegen die globale Erwärmung – im Gegensatz ... nun, gestern sagten Sie etwas zum Thema Krieg.

Das Beste wäre, alle Kriegsausgaben umzuwidmen und dem Thema Klimawandel zugute kommen zu lassen – anstatt Truppen in den Irak zu schicken, nach Afghanistan oder in Militärbasen in Lateinamerika. Das Geld sollte besser benutzt werden, um die von den USA angerichteten Schäden zu beheben. Und natürlich reichen \$100 Milliarden nicht aus. Wahrscheinlich wird es um viele Billionen Dollars gehen. Wie können wir nur Geld ausgeben, um zu töten anstatt zur Rettung von Menschenleben? Nein, wir müssen Geld ausgeben, um Leben zu retten, nicht um zu töten. So lauten unsere Differenzen mit dem Kapitalismus. [...]

Quelle: www.amerika21.de – 21.12.2009

Nukleare Abrüstung mit Obama und Westerwelle voran?

Von Regina Hagen, Abrüstungsberaterin des International Network of Engineers and Scientists Against Proliferation (INESAP) und aktiv im Kampagnenrat „unsere zukunft – atomwaffenfrei“.

■ Das Ziel der atomwaffenfreien Welt wurde in den letzten zwei Jahrzehnten lediglich von einigen kleineren Ländern ernst genommen, von den führenden Staaten bestenfalls in Sonntagsreden als vages Ziel formuliert.

Die CDU/CSU/SPD-Regierung beispielsweise erklärte in ihrer Koalitionsvereinbarung 2005 (fast gleichlautend mit dem Koalitionsvertrag von Rot/Grün 2002): „Wir halten an dem langfristigen Ziel der vollständigen Abschaffung aller Massenvernichtungswaffen fest. Wir setzen uns für nukleare Abrüstung und die Stärkung des internationalen Nichtverbreitungsregimes ein.“ Etwas deutlicher wurde das Weißbuch 2006: „Für die überschaubare Zukunft wird eine glaubhafte Abschreckungsfähigkeit des Bündnisses neben konventioneller weiterhin auch nuklearer Mittel bedürfen.“

In jüngerer Zeit hingegen war eine Renaissance von Bekenntnissen zur vollständigen Abrüstung der globalen Atomwaffenarsenale zu verzeichnen. Den Anfang machten im Januar 2007 mit einem Kommentar im Wall Street Journal vier höchstrangige ehemalige US-Politiker, nämlich George Shultz, William Perry, Henry Kissinger und Sam Nunn, als sie dazu aufriefen, „die atomwaffenfreie Welt zum Ziel zu setzen, energisch an den Schritten zu arbeiten, die zur Erreichung dieses Ziels erforderlich sind ...“.

Wenige Tage später bestärkte der ehemalige sowjetische Präsident Michail Gorbatschow seine Kollegen, gefolgt in immer kürzeren Abständen von höchstrangigen Politikern aus Italien, Großbritannien, Deutschland (Helmut Schmidt, Richard von Weizsäcker, Egon Bahr und Hans-Dietrich Genscher in der FAZ im Januar 2009), Frankreich, den Niederlanden... Selbst die Forderung nach einer Nuklearwaffenkonvention kam auf

höchster Ebene gelegentlich ins Spiel.

Hoffnung auf Obamas Versprechungen?

Im April 2009 schien US-Präsident Barack Obama die Erwartungen einer weltweiten Öffentlichkeit an seine Friedseligkeit zu bestätigen.

In seiner Prager Rede versprach er: „dass die Vereinigten Staaten entschlossen sind, sich für den Frieden und die Sicherheit einer Welt ohne Atomwaffen einzusetzen. ... Zunächst werden die Vereinigten Staaten konkrete Schritte in Richtung einer Welt ohne Atomwaffen unternehmen. Um die Denkmuster des Kalten Kriegs zu überwinden, werden wir die Rolle von Atomwaffen in unserer nationalen Sicherheitsstrategie reduzieren und andere anhalten, dasselbe zu tun. ... Um unsere Sprengköpfe und Vorräte zu reduzieren werden wir noch dieses Jahr einen neuen strategischen Abrüstungsvertrag mit Russland abschließen.“

Leider überhörten viele Journalisten und Hoffnungswillige die Zeilen dazwischen: „Dieses Ziel wird nicht schnell erreicht werden – möglicherweise nicht zu meinen Lebzeiten. ... Täuschen Sie sich nicht: Solange es diese Waffen gibt, werden wir ein sicheres und wirksames Arsenal zur Abschreckung potenzieller Feinde aufrechterhalten und die Verteidigung unserer Verbündeten garantieren.“ Und: „Solange eine Bedrohung von Iran ausgeht, planen wir ein kosteneffektives und bewährtes Raketenabwehrsystem zu bauen.“

Damit hatte Obama bereits die Zerreißprobe vorgezeichnet, der seine Politik jetzt ausgesetzt ist. Ende Oktober 2009 unterzeichnete er den Verteidigungshaushalt der USA für das Finanzjahr 2010 (das am 1.10.2009 begann), darin enthalten sind mehr als 6 Mrd Dollar für „Atomwaffenaktivitä-

ten“ (das sind lediglich die Kosten für die Atombomben) und knapp 9 Mrd. Dollar für Raketenabwehr. Für uns von besonderem Interesse ist ein Posten in Höhe von knapp 92 Mio Dollar für zwei Studien zur Aufrüstbarkeit und Zuverlässigkeit der Sprengköpfe des Typs B61. Dabei handelt es sich um eine taktische Waffe mit bis zu sechsfacher Sprengkraft der Hiroshima-Bombe. Von Insidern ist zu hören, dass das Gesamtbudget für die B61 in den nächsten fünf Jahren fast 1 Milliarde US\$ betragen soll.

Kehrwende in deutscher Koalition?

Bomben dieses Typs sind von den USA im Rahmen der nuklearen Teilhabe der NATO in fünf Ländern Europas stationiert, darunter auch in Deutschland in Büchel in der Eifel. Ohne Einstellung ausreichender Mittel im Verteidigungshaushalt der USA kann diese Stationierung nicht aufrecht erhalten werden. Das war aber bislang ausdrücklicher Wunsch zumindest der CDU.

Doch auch hier hat es Bewegung gegeben. In der Koalitionsvereinbarung vom 24.10.2009 erklären CDU, CSU und FDP: „Wir werden uns dafür einsetzen, den Abschluss neuer Abrüstungs- und Rüstungskontrollabkommen international zu unterstützen. ... In diesem Zusammenhang sowie im Zuge der Ausarbeitung eines strategischen Konzeptes der NATO werden wir uns im Bündnis sowie gegenüber den amerikanischen Verbündeten dafür einsetzen, dass die in Deutschland verbliebenen Atomwaffen abgezogen werden.“

Auf einen Abzug dieser Waffen als einen deutschen Beitrag zur atomwaffenfreien Welt hat die deutsche Kampagne „unsere zukunft – atomwaffenfrei“ seit Jahren gedrängt, und Guido Westerwelle machte sich im Wahlkampf dafür stark. Die CDU hingegen hielt bislang hartnäckig an der Stationierung fest – zur Festigung der transatlantischen Zusammenarbeit und um ein vermeintliches Mitspracherecht in der Nuclear Planning Group der NATO nicht zu gefährden. Der hart umkämpfte Kompromiss – Abzugsforderung ja, eine Abzugsentscheidung aber nur gemeinsam mit den Verbündeten der Nordatlantikkalition – war so fast unver-

meidlich. Das schränkt die Handlungsmöglichkeiten Deutschlands drastisch ein.

Der neue Außenminister Westerwelle meint es ernst. Bei NATO- und anderen internationalen Treffen spricht er, so ist zu hören, das Thema offensiv an. Das kommt auf der internationalen Bühne auch nicht unbedingt schlecht an: Vorstöße, die positive Bewegung signalisieren, kommen im Vorfeld der Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag (Mai 2010 in New York) gut an. Gegenwind bläst aber nicht nur aus den USA (auch die Demokraten im Kongress sind keineswegs alle für nukleare Abrüstung), sondern auch aus Osteuropa. Von international aktiven Kollegen ist zu hören, dass u.a. Polen darauf drängt, die nukleare Teilhabe der NATO beizubehalten und nicht ausschließt, anstelle Deutschland US-Atomwaffen auf seinem Territorium zu stationieren.. Das solche Diskussionen hinter den Kulissen stattfinden, bestätigte der deutsche Außenminister zu Guttenberg im November 2009 bei einer Rede in Washington.

Historische Chance für Deutschland

Die osteuropäischen einschließlich der baltischen Staaten bestehen nach wie vor auf umfangreiche Sicherheitsgarantien ihrer westlichen Bündnispartner gegen Russland. Solche Bedenken – die auch zur großen Bereitschaft führen, Komponenten des US-Raketenabwehrsystems zu

stationieren – müssen ernst genommen werden, dürfen aber keinesfalls dazu führen, die Forderung nach dem Abzug der Atomwaffen aus Deutschland (und Europa) aufzugeben. Noch bietet sich Deutschland die historische Chance, bei der Abrüstung taktischer Atomwaffen einen weitreichenden Dominoeffekt in Gang zu setzen. Zwar verhandeln die USA und Russland zur Zeit über weitere Einschnitte in ihre strategischen Atomarsenale, eine Reduzierung oder gar die vollständige Verschrottung der taktischen Arsenale der beiden Länder stand und steht aber weiterhin nicht auf der Agenda. Russland zieht sich bei diesem Thema mit dem Hinweis aus der Affäre, es sei erst dann zu Verhandlungen über taktische Atomwaffen bereit, wenn die Vereinigten Staaten keine solche Waffen mehr auf fremdem Territorium stationieren.

Eine Vereinbarung mit den Vereinigten Staaten, die noch in Deutschland verbliebenen Atombomben abzuziehen, wäre im Vorfeld der Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag (im Mai 2010 in New York) ein deutliches Signal an die internationale Völkergemeinschaft, dass jedes Land auf seine Art zur nuklearen Abrüstung beitragen kann. Eine solche Entscheidung könnte binnen kurzem zum kompletten Abzug der (militärisch sowieso nicht nutzbaren) US-Atomwaffen aus Europa führen und somit eine ganz neue Dynamik in die globalen Abrüstungsbemühungen einführen. Außer-

dem würde Deutschland mit diesem Schritt u.a. auch seine Position in den Verhandlungen um Nichtverbreitung mit dem Iran stärken.

Das viel beschworene Fenster der Abrüstungs-Gelegenheit droht sich u.a. auf Grund der Unbeweglichkeit der NATO und der Republikaner in den USA schon wieder zu schließen. Dabei steht dieses Jahr besonders viel auf dem Spiel: Die USA arbeiten am neuen Nuclear Posture Review (Überprüfung von Atomwaffenarsenal und -doktrin mit Zukunftsplanung), dem Quadrennial Defense Review (Überprüfung des Verteidigungsdispositivs alle vier Jahre), an einer Space Policy (politische Leitlinien für die Weltraumnutzung) und zum ersten Mal auch an einem Missile Defense Review (Überprüfung der Raketenabwehr), Russland an einer neuen nuklearen Doktrin, die NATO an einem neuen Strategischen Konzept, und im Mai 2010 findet in die New York die Überprüfungskonferenz zum nuklearen Nichtverbreitungsvertrag statt. Vor allem letztere muss mit einem positiven Ergebnis enden.

Aufgabe der Friedensbewegung wie der Zivilgesellschaft insgesamt ist es, den Druck auf die Politik aufrechtzuerhalten. Da sind Gruppen in allen Ländern gefordert. Unsere Aufgabe ist nicht zuletzt, für ein Verschwinden der Atomwaffen aus Deutschland zu sorgen.

Weitere Infos:
www.atomwaffenfrei.de

IM BLICKFELD

Obamas Lizenz zum Töten

Die USA verfolgen Terroristen erbarmungsloser denn je: Unbemannte Flugzeuge jagen und töten sie auch außerhalb der Kriegsschauplätze. Fast unbemerkt treibt US-Präsident Barack Obama die neue Strategie voran. [...] Die USA gehen auf Jagd, rund um den Globus, und sie töten jene, die sie für böse halten. Ausgerechnet US-Präsident Barack Obama, der Friedensnobelpreisträger, treibt sie voran: 53 Drohnenangriffe haben Forscher von der New America Foundation 2009 allein in Pakistan gezählt, 51 von ihnen hat Obama befohlen. Sein Vorgänger George W. Bush hatte 2008 nur 34 solcher Operationen angeordnet. [...] Auch rhetorisch wird aufgerüstet: Der Jemen gilt als neue Front. Und nach dem versuchten Anschlag eines Nigerianers auf ein Flugzeug klang Obama fast wie sein Vorgänger: „Wir werden jedes Element unserer nationalen Macht nutzen, um die gewalttätigen Extremisten, die uns bedrohen, unschädlich zu machen und zu besiegen“, ver-

sprach er. „Egal ob sie von Afghanistan, Pakistan, dem Jemen, Somalia oder irgendwo sonst Anschläge auf unsere Heimat USA planen.“ Wie ernst er es meint, demonstrierten die Amerikaner bereits vor Weihnachten. Allein im Dezember wurden im Jemen mehr als 30 mutmaßliche Al-Kaida-Anhänger aus der Luft getötet – in Rahmen eines jemenitischen Militäreinsatzes zwar, aber sehr wahrscheinlich mithilfe der USA. [...] Die rechtliche Grundlage der gezielten Tötungen in Drittländern ist schwammig. „Weil CIA-Angriffe nicht öffentlich zugegeben werden, wissen wir sehr wenig über ihre Einsatzregeln“, sagt Matthew Waxman von der New Yorker Columbia-Universität, ein Experte für Völkerrecht. „Wir wissen zum Beispiel nicht, wie Entscheidungen über spezifische Ziele getroffen werden oder von wem.“

Quelle: FTD vom 07.01.2010

Globale Wirtschaftskrise, Menschenrechte und Kriege

Reiner Diederich/Gerhard Löhlein (Hrsg.): *Entfesselte Wirtschaft – Gefesselte Demokratie*. Broschur, 256 S., EUR 19,90, Nomen Verlag Frankfurt a. M.

■ Nach drei Jahrzehnten neoliberaler Ideologie in Ökonomie, Politik und Gesellschaft, mit dem Ende des Kalten Krieges vor zwanzig Jahren und der Übernahme der DDR in die „Berliner Republik“ haben sich die ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in unserem Land, in Europa und in der Welt stark verändert. Die gegenwärtige globale Finanz- und Wirtschaftskrise, der Abbau des Sozialstaates, die Militarisierung der Politik, die wachsenden ökologischen Gefahren, die zunehmende Privatisierung in vielen zentralen gesellschaftlichen Bereichen, die überall zu beobachtende Tendenz einer Entdemokratisierung und die immer stärker werdende soziale Kluft zwischen Arm und Reich sind Zeichen dieser Veränderung.

Die Bundesregierung setzt auf schuldenfinanziertes Wachstum und verbreitet Optimismus. Es heißt, die Krise werde bald vorbei sein. Doch die Arbeitslosigkeit wird 2010 steigen, das sagen alle Prognosen. Und unvorhergesehene Ereignisse wie das Platzen der Immobilienblase in Dubai können jederzeit das Bild ändern. Wurde auf dem Höhepunkt der „Finanzmarktkrise“ nach dem Staat als Retter und Regelschlichter gerufen, so geht nach einer kurzen Atempause die Jagd auf die höchsten Renditen ungebremst weiter. Bankmanager, an der Spitze Josef Ackermann, warnen schon wieder vor zuviel Regulierung.

In dieser widersprüchlichen Situation ist es nützlich, sich einen Überblick über alternative Krisenerklärungen und Lösungsansätze zu verschaffen. In dem Sammelband „Entfesselte Wirtschaft – Gefesselte Demokratie“ findet man dazu Beiträge zu sehr verschiedenen Problembereichen. Hier einige Beispiele:

Der Sozialethiker Friedhelm Hengsbach beschreibt, welche verhängnisvolle Rolle die neoliberale Deregulierungspolitik seit der Regierung Kohl spielte. Seine Reformvorschläge be-

ziehen auch die Arbeitsteilung der Geschlechter, die Arbeitszeitfrage und das Verhältnis zur Natur mit ein.

Frank Deppe erklärt, weshalb in der Krise gerade diejenigen Parteien Wahlsiege feiern konnten, deren Politik eine der Ursachen der Krise war, die also nichts dazu beigetragen haben, dass sie verhindert oder wenigstens abgemildert hätte werden konnte. Er fordert eine neue Offensive der Bewusstseinsbildung, die von Gewerkschaften, soweit sie sich als unabhängige Gegenmacht verstehen, vorangetrieben werden müsse.



Der Marburger Entwicklungssoziologe Dieter Boris analysiert die Krise als Folge und Ausdruck globaler Ungleichgewichte, vor allem zwischen den USA und aufsteigenden Ländern wie China. Er fordert eine neue globale soziale Gerechtigkeit.

In der herrschenden Ungerechtigkeit, den ungleichen Verhältnissen und der Unbelehrbarkeit der „Weißen“ sieht der Schweizer Soziologe Jean Ziegler die Wurzel der großen Übel unserer Zeit. In seinem Beitrag über „Das tägliche Massaker“ des Hungers in den Ländern des Südens schildert er Erfahrungen, die er als Sonderbotschafter der UNO für das Menschenrecht auf Nahrung machte. Er fordert die Zivilgesellschaft der mächtigen demokratischen Länder

auf, sich um diese wehrlosen Menschen zu kümmern.

Der Mafia-Experte Jürgen Roth sieht die Dauerkrise als ein Ergebnis kriminellen Wirtschaftens international vernetzter Akteure, deren Einfluss auf die „seriöse“ Wirtschaft, auf Parteien, Politiker und Staaten wächst und die sozialstaatliche Steuerkapazität demokratischer Gesellschaften untergräbt.

Eckart Spoo, Herausgeber der in der Tradition der „Weltbühne“ stehenden Zweiwochenschrift „Ossietzky“, zeigt den Abbau demokratischer Rechte und die wachsende Kluft zwischen Verfassungsnormen und Verfassungswirklichkeit auf. Er fordert von den Medien, dass sie ihre Rolle als „vierte Gewalt“ wahrnehmen und sieht in der Arbeitszeitverkürzung das notwendige Mittel zur Krisenlösung.

Der Sammelband enthält darüber hinaus grundsätzliche Auseinandersetzungen mit der Krise (Reiner Roth, Georg Fülberth) und zahlreiche Beiträge, die sich mit den Auswirkungen der Krise und der neoliberalen Politik auf einzelne Bereiche der Gesellschaft befassen: Die Gefährdung von Demokratie, Sozialstaat, Sozialverhalten und Klimagleichgewicht (Stephan Hessler, Dorothee Roer, Manfred Such, Uwe Dolata, Rolf Uessler und Erich Schöndorf), die „Menschenrechtskriege“ am Beispiel Afghanistan (Dieter Schenk), die Veränderungen im Gesundheitswesen und das Thema Arbeit und Sucht (Hans-Ulrich Deppe, Dieter Henkel), die Verarbeitung der Krise in Publizistik und Presse (Reiner Diederich und Verena Herzberger). Das Buch ist Hans See, dem Gründer und Vorsitzenden des Vereins Business Crime Control gewidmet. Ihm hat Manfred Wekwerth einen Beitrag über eingreifendes Denken gewidmet.

Die Beiträge dieses Buches machen deutlich, dass es sich bei der augenblicklichen Krise nicht nur um eine Finanz- oder Wirtschaftskrise handelt, sondern um eine generelle Krise des demokratischen Systems. Hierzu werden von den Autoren des Buches nicht nur die Ursachen und Erscheinungsformen der Krise behandelt, sondern zugleich auch Anstöße zu ihrer Lösung dargestellt.

Horst Trapp

Gegen Kapitalismus, Krise und Krieg – Den Kreislauf durchbrechen

Aktionsvorschläge 2010 des Bundesausschusses Friedensratschlag – Kassel, den 6.12.2009

Die gegenwärtige weltweite ökonomische Krise geht mit einer neuerlichen Aufrüstung einher. Die weltweiten Militärausgaben haben ein historisches Rekordhoch erreicht. Dieses geschieht in einer Zeit, da die Auseinandersetzung um eine neue globale Macht- und Ressourcenverteilung in vollem Gange ist. Eine entscheidende Rolle spielt dabei die militärische Besetzung Afghanistans, die eine weitere Eskalation des Krieges zur Folge hat. Auf EU-Ebene ist jetzt durch den Lissabon-Vertrag die militärische Aufrüstung auch für Deutschland zur Staatsdoktrin erklärt worden. Für die Bundeswehr sollen Kriegseinsätze von der Ausnahme zur Regel werden. Damit stehen auch innenpolitisch die Zeichen auf weiterer Militarisierung.

Demgegenüber setzen wir auf eine vorausschauende Friedenspolitik, mit der Konflikte rechtzeitig erkannt und beseitigt werden können, um den Kreislauf von Kapitalismus, Krise und Krieg zu durchbrechen. Dem Völkerrecht mit seinem wichtigsten Prinzip eines allgemeinen Gewaltverbots ist unbedingt Geltung zu verschaffen.

Der Bundesausschuss Friedensratschlag versteht sich als Teil einer umfassenden sozialen und demokratischen Bewegung. Er trägt zu gemeinsamen Analysen, Reflexion und Verabredungen für friedenspolitische Positionen und Aktionen bei. In diesem Sinne haben wir für 2010 folgende Schwerpunkte festgelegt:

1. Intensivierung der Afghanistan-Kampagne

Das Jahr 2009 war nach 8 Jahren Krieg in Afghanistan nicht nur von einer Eskalation des Kriegsgeschehens und dessen Ausdehnung auf Pakistan gekennzeichnet, sondern auch von einer Intensivierung der Kontroversen hierüber. Mehr noch als in Deutschland hat diese Debatte in anderen NATO-Ländern und den USA zugenommen. Folgende Aufgaben werden wir angehen:

- Sensibilisierung der deutschen Bevölkerung gegen den Krieg, um aus der demoskopischen Mehrheit gegen den Krieg eine politisch aktive Kraft zu entwickeln
- direkte Ansprache von Abgeordneten derjenigen Bundestagsparteien, die mehrheitlich bzw. nach außen hin geschlossen den Kriegseinsatz befürworten
- verstärkte Kontakte zur Friedensbewegung in anderen Ländern, wo gleichfalls die Kritik am Kriegseinsatz in Afghanistan zunimmt
- Am 9. Jahrestag des Beginns des Afghanistan-Krieges werden wir uns an regionalen, und internationalen Aktivitäten der Friedensbewegung beteiligen.

2. Abrüstung statt Sozialabbau, gegen Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte

Alle Anzeichen sprechen dafür, dass sich die aktuelle Wirtschaftskrise und die damit verbundene soziale Frage in 2010 zuspitzen wird. Gleichzeitig zeigen sich Tendenzen, die Aufrüstung und Krieg als „Lösung“ der Krise erscheinen lassen. Wichtige Konzerne kompensieren Geschäftseinbrüche durch den Ausbau des Rüstungssektors. Wir wollen deshalb stärker herausarbeiten und in Aktionen einbringen:

- spürbare Kürzung der Rüstungs- und Militärausgaben zugunsten der Förderung sozialer und arbeitsmarktpolitischer Aufgaben
- die gigantischen Profite an der Rüstung sollen mit Forderungen nach Konversionsprojekten verbunden werden
- die Beteiligung an Kampagnen gegen die deutschen Rüstungsexporte, auch bei Kleinwaffen

3. Für Globale Gerechtigkeit und gegen Unterentwicklung

Unterernährung und fehlender Zugang zu lebensnotwendigen natürlichen Ressourcen haben weltweit im Jahr 2009 dramatisch zugenommen. Dadurch entstehen immer neue Konfliktherde, verbunden mit militärischen Interventionsstrategien von EU und NATO. Wir wollen deshalb verstärkt über solche Zusammenhänge aufklären und Katalysatoren dieser Entwicklungen benennen, wie

- die verheerende Rolle deutscher Rüstungsexporte in Krisen- und Kriegsregionen
- die neoliberale Ausbeutung von Ländern der Dritten Welt durch die EU-Handels- und Wirtschaftspolitik
- die Erzwingung politischen Wohlverhaltens von Staaten der Dritten durch wirtschaftliche und politische Erpressung

4. Für eine atomwaffenfreie Welt und gegen Atomwaffen in Deutschland

Im Jahr 1960 fand der erste deutsche Ostermarsch statt, der sich damals schwerpunktmäßig gegen US-Trägerraketen für Atomwaffen richtete. Im Jahr 2010 wollen wir die Tradition dieser kontinuierlichen Aktionsform mit der immer noch aktuellen Forderung nach einer atomwaffenfreien Welt verknüpfen. Die NPT-Überprüfungskonferenz im Mai 2010 in New York muss genutzt werden, um die Atommächte zu substantiellen Abrüstungsschritten zu veranlassen. Als Ziele setzen wir uns:

- bei den Ostermärschen die historische Kontinuität der Friedensbewegung aufzeigen, die auch unabhängig von zeitweiliger Massenmobilisierung vorhanden ist
- auf die Umsetzung der breiter gewordenen Forderung nach Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel hinwirken und damit auch die Beendigung der atomaren Teilhabe Deutschlands einfordern
- die breite Forderung nach weltweiter atomarer Abrüstung zu unterstützen mit unserer Forderung nach Initiativen der deutschen Bundesregierung

5. Gegen Neofaschismus und Geschichts-Revisionismus

Im Jahr 2010 begehen wir den 65. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus nach dem Sieg der Antihitlerkoalition im 2. Weltkrieg. Dieser Jahrestag fällt in eine Zeit zunehmender Geschichtsrevision. Wir unterstützen deshalb

- die Forderung nach Verbot und Auflösung der NPD und anderer nazistischer Organisationen
- den Kampf gegen den geplanten Neonazi-Aufmarsch am 13. Februar 2010 in Dresden
- den Kampf gegen den Geschichtsrevisionismus, der Ursachen und Wirkungen des 2. Weltkrieges verfälscht und leugnet
- die Verbreitung historischer Wahrheiten wie die herausragende Rolle der Sowjetunion bei der Niederschlagung des deutschen Faschismus
- die Forderung nach der Etablierung von Friedenserziehung an Schulen und Hochschulen (Bundeswehr raus aus der Schule!)

6. Für demokratische Grundrechte und gegen Militarisierung im Inneren

Einhergehend mit der aggressiveren Außenpolitik verschärft sich der Abbau demokratischer Grundrechte. Wir wollen deshalb verstärkt aufzeigen und bekämpfen:

- die Rolle staatlicher Überwachung und Grundrechtseinschränkungen bei der inneren Militarisierung
- die Gefahren des Ausbaus der zivil-militärischen Zusammenarbeit
- die zunehmende Bundeswehrpropaganda zur Rekrutierung, vor allem in Schulen und Arbeitsagenturen